

reformistische Arbeiterbewegung wurde durch sie weiterhin in den Dienst des Antikommunismus gestellt. Die reformistische Politik förderte die Restauration der Macht des Monopolkapitals. Mit dem vollständigen Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus wurde der R. zum aktiven Stabilisierungsfaktor des staatsmonopolistischen Systems. Die Führung der westdeutschen Sozialdemokratie ging offen auf die Position des westdeutschen Imperialismus über. Ohne die Unterstützung der 1966 in die Bundesregierung aufgenommenen sozialdemokratischen Minister wäre es dem westdeutschen Imperialismus unmöglich, seine antidemokratische, sozialreaktionäre Politik im Innern und seine verstärkte Expansion zu betreiben. Nur mit aktiver Unterstützung rechter Führer der Sozialdemokratie kann die staatsmonopolistische Oligarchie in Westdeutschland versuchen, große Teile der Arbeiterklasse in das System der *→formierten Herrschaft* einzubeziehen. Nirgends in der Welt hat die reformistische Politik zur Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und zur Eroberung der politischen und ökonomischen Macht durch die Arbeiterklasse geführt. Selbst in den kapitalistischen Ländern, in denen der Lebensstandard der Arbeiterklasse stieg, ist die soziale Unsicherheit und die Gefahr für das Leben des Volkes durch die imperialistische Politik gewachsen. R. und Revisionismus waren nicht in der Lage, den Marxismus-Leninismus zu widerlegen, seinen Einfluss auf die Arbeiterbewegung auszuschalten, die Entstehung des sozialistischen Weltsystems und das ständige Wachstum der kommunistischen und Arbeiterbewegung zu verhindern.

Während in Westdeutschland die Führung der Sozialdemokratie offen auf imperialistische Positionen überging, gerät der traditionelle R., trotz seiner Begrenztheit, infolge der sich verschärfenden Widersprüche des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Gegensatz zur Politik des Monopolkapitals und jener Führer der Arbeiterorganisationen, die diese Politik offen durchsetzen helfen. Aus der Dialektik des Klassenkampfes unter den Bedingungen der staatsmonopolistischen Herrschaft ergibt sich, daß gewisse Verbesserungen, die die Arbeiterklasse erkämpfte, sich als Schritte zur Einschränkung der Macht der Monopole, als Schritt auf dem Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse auswirken können.

Regierung: oberstes zentrales Exekutivorgan eines Staates; politische Spitze der Staatsverwaltung; besteht aus dem Regierungschef (Ministerpräsident, Kanzler) und den Ministern. In der DDR ist der Ministerrat (*→Ministerrat der DDR*) das Exekutivorgan der Volkskammer und des Staatsrates.

regionale Abkommen: völkerrechtliche Verträge, deren Unterzeichner Staaten eines bestimmten geographischen Gebietes sind. Die UNO-Charta erwähnt besonders r. A., die der Erhaltung des Friedens und der friedlichen Beilegung von internationalen Streitfällen dienen. R. A. müssen mindestens drei Bedingungen erfüllen: a) Mitglieder können nur Staaten eines bestimmten geographischen Gebietes (einer Region) sein; b) Maßnahmen auf der Grundlage r. A. dürfen nicht über die Grenzen des Gebiets der Unterzeichnerstaaten ausgedehnt werden; c) Übereinstimmung mit den in